

Öffentliche Sitzung
des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses
am Mittwoch, den 23.06.2021
im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Steffen Suer

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Die Linke

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Verwaltung

Herr René Bantel

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Helmut Ott

Herr Matthias Pflüger

Frau Regina Stöckle

nur im öffentlichen Teil.

Gast

Frau Integrationsrätin Aslihan Dosgül

Abwesend:

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Tagesordnung

=====

- 1** Änderung der Gemeindegrenzen zwischen den Gemeinden Iggingen, Täferrot und der Stadt Schwäbisch Gmünd in den Ortsteilen Hussenhofen und Herlikofen im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens Iggingen, Ostalbkreis
- 2** Neufassung der Satzung über die Benutzung von Kindertageseinrichtungen der Stadt Schwäbisch Gmünd sowie der Benutzungsordnung und Einführung eines neuen Berechnungsmodells der Elternbeiträge und des Verpflegungskostenbeitrages ab dem Kindergartenjahr 2021/2022
- 3** Bekanntgaben
- 4** Anfragen

Erster Bürgermeister Baron begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Änderung der Gemeindegrenzen zwischen den Gemeinden Iggingen, Täferrot und der Stadt Schwäbisch Gmünd in den Ortsteilen Hussenhofen und Herlikofen im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens Iggingen, Ostalbkreis
Vorlage: 096/2021**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron stellt den Sachverhalt vor.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, schließt Erster Bürgermeister Baron den Tagesordnungspunkt.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60

nachrichtlich an Amt:

**zu 2 Neufassung der Satzung über die Benutzung von Kindertageseinrichtungen der Stadt Schwäbisch Gmünd sowie der Benutzungsordnung und Einführung eines neuen Berechnungsmodells der Elternbeiträge und des Verpflegungskostenbeitrages ab dem Kindergartenjahr 2021/2022
Vorlage: 105/2021**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron erläutert, dass es eine Arbeitsgruppe der Fraktionen gebe. Hierfür sei man dankbar.

Frau Stöckle stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Sopp/CDU äußert, dass die Fraktion mit dem Ergebnis sehr zufrieden sei. Die extrem hohen Beiträge im u3-Bereich würden etwas abgefedert werden. Es sei schön, dass es vorab im kleinen Kreis beraten worden sei und es zeige, dass man gute Ergebnisse erhalte, wenn man alle mitnehme.

Stadtrat Suer/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Die Fraktion sei ebenfalls zufrieden.

Stadtrat Lieb/SPD äußert, dass die Fraktion eine Gebührenfreiheit gefordert habe und das Ergebnis dies leider nun nicht widerspiegele. Die Task Force sei sehr gut gewesen. Man habe daher einen ganzheitlichen Ansatz.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE schließt sich den Vorrednern an. Die Arbeitsgruppe sei sehr gut. Ein nach Einkommen gestaffeltes Gebührensystem sei leider nicht erreicht worden. Die u3-Betreuung sei günstiger, dafür sei die ü3-Betreuung teuer. Dies würde an der Grundproblematik nichts ändern. Er zitiert eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zur finanziellen Belastung von Familien. Es sei daher inakzeptabel, dass die Landesregierung keine Gebührenfreiheit umsetze. Die Fraktion werde sich noch beraten wie man sich im Gemeinderat verhalte. Man habe große Bedenken, dieses Vorgehen weiterhin zu unterstützen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass die Gebührenfreiheit ein Wunsch sei, dem sich die Verwaltung ausdrücklich anschließe. Man könne es jedoch finanziell nicht stemmen und daher ohne das Land nicht umsetzen. Die Studie der Bertelsmann-Stiftung müsse man im Hinblick auf die Übertragbarkeit noch prüfen.

Frau Stöckle ergänzt, dass einkommensschwache Familien den Beitrag über die wirtschaftliche Jugendhilfe erstattet bekommen würden.

Erster Bürgermeister Baron betont, dass es in Schwäbisch Gmünd keine Familie gebe, die sich den Betreuungsplatz nicht leisten könne.

Herr Fritz führt aus, dass sich die Ergebnisse der Studie nicht 1:1 übertragen lassen würden, die Kernaussage sei jedoch klar, dass diejenigen mit geringerem Nettoeinkommen prozentual höher belastet seien als Familien, die mehr Geld zur Verfügung hätten.

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich nach der Kern- und Randzeitbetreuung. Man habe sich hier mehr Flexibilität gewünscht.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man nicht überall alles anbieten könne. Wenn man aber die Gesamtstadt betrachte, habe man viele Angebote.

Frau Stöckle führt aus, dass man beim Träger WIPIDU bereits ein Sharing Modell habe. In den städtischen Einrichtungen habe man es bisher nicht, da man immer ein passendes Pendant benötige, da die Plätze ansonsten ungenutzt seien. Bei den Randzeiten habe man bereits mit P.A.T.E einen Modellversuch gemacht, dies werde man nochmals aufgreifen.

Stadträtin Heusel/SPD zeigt Verständnis, fände es jedoch gut, wenn sich ein Pendant finde, dass man dann grundsätzlich auch zur Umsetzung bereit sei. Mit starren Regelungen komme man nicht weiter. Die Arbeitszeit sei ständig im Wandel und die Eltern seien daher darauf angewiesen, die Kinder unterbringen zu können.

Frau Stöckle antwortet, dass man dies für die Zukunft überlegen könnte. Gegen das Sharing spreche das pädagogische, da das Kind mind. 3 Tage pro Woche die Einrichtung besuchen solle. Für eine punktuelle Betreuung gebe es die Tagesmütter.

Erster Bürgermeister Baron ergänzt, dass man versuche, Wünsche zu berücksichtigen, aber es müsse irgendwie funktionieren.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Bekanntgaben

Protokoll:

Keine Bekanntgaben.

zu 4 Anfragen

Protokoll:

Keine Anfragen.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, schließt Erster Bürgermeister Baron die Sitzung.

Für die Richtigkeit!

Den
Erster Bürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat:

Gesehen!

Den
Stadtkämmerei: